



HESSISCHER LANDTAG

17. 05. 2022

WKA

Dringlicher Berichts Antrag

**Dr. Daniela Sommer (SPD), Ulrike Alex (SPD), Christoph Degen (SPD),
Gernot Grumbach (SPD), Nina Heidt-Sommer (SPD) und Fraktion**

**Sichere Arbeitsbedingungen am Universitätsklinikum Gießen und Marburg
gewährleisten – Streit mit dem Rhön-Konzern beilegen**

Die Wissenschaftsministerin hat am 3. Februar 2022 in einer Pressemitteilung „Einigung zum UKGM bringt Lösungen im Hier und Jetzt statt Politik nach „Was wäre wenn...““ erklärt, dass sie mit dem Letter of Intent einen guten Rahmen für eine Gesundheitsversorgung auf Spitzen-niveau, die Entwicklung der medizinischen Wissenschaft und die Sicherheit für die Beschäftigten geschaffen habe, zwar noch einiges auf dem Weg zur Anschlussvereinbarung zu tun wäre, sie aber auf einem guten Weg sei.

Gut ein Vierteljahr später wurden dann die im Letter of Intent getroffenen Vereinbarungen und Absichtserklärungen durch den Betreiber der Uni-Klinik, die Rhön-AG, infrage gestellt.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Was hat den Vorstand der Rhön-AG aus Sicht der Landesregierung zu der Ankündigung, die seit 2017 bestehende Vereinbarung mit dem Land Hessen und den Universitäten Gießen und Marburg kündigen zu wollen, veranlasst?
Wie erklärt sie sich das Verhalten des Vorstands?
2. Wie ist zu erklären, dass trotz der immensen finanziellen Zusagen des Landes und einer grundsätzlichen Übereinkunft, die Gespräche offenbar auf keinem so guten Weg sind, wie es die Landesregierung in den letzten Monaten dargestellt hat?
3. Hat sie auf die unverhohlene Drohung der Kündigung der bisherigen Übereinkunft reagiert und wenn ja, wie genau?
Wenn nein, warum nicht?
4. Wie soll der offensichtliche Zwist um die Frage von Personalkosten und Investitionen beigelegt werden?
Hält sie eine juristische Auseinandersetzung für möglich oder sogar wahrscheinlich und wenn ja, warum?
Wenn nein, warum nicht?
5. Wie stehen die Chancen, dass es zu einer Einigung bei den Verhandlungen kommt und wie beurteilt sie die Verhandlungsbereitschaft der Rhön-AG?
6. Wann rechnet sie spätestens mit dem Abschluss der Verhandlungen?
7. Welchen Plan B hat sie, wenn es doch zur Kündigung kommen sollte?
8. Wie will sie sicherstellen, dass die Arbeitsplätze beim größten Arbeitgeber der Region durch die Zusagen des Landes garantiert werden, wenn die Rhön-AG die Vereinbarung von 2017 tatsächlich kündigt und keine neue Vereinbarung getroffen werden sollte?
9. Welche Summe hat das Land als Minderheitengesellschafter in den letzten fünf Jahren für Bauvorhaben und Geräte an den beiden Standorten gezahlt?
10. Wie soll verhindert werden, dass die Auseinandersetzung zulasten der Gesundheitsversorgung und der bestehenden Beschäftigungsverhältnisse geht?

11. Wie beurteilt sie den von der Rhön-AG beklagten Investitionsstau in dreistelliger Millio-
nenhöhe am UKGM?

Wiesbaden, 17. Mai 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph

Dr. Daniela Sommer
Ulrike Alex
Christoph Degen
Gernot Grumbach
Nina Heidt-Sommer